

3.12

**Anfrage im Hauptausschuss am 26. November 2013
von BM Marcel Niewöhner**

Sehr geehrter Herr Lindenau,

ich bitte um Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf Grund wessen Genehmigung übernimmt die Verwaltung Bürotätigkeiten für den SPD-Kreisverband Lübeck?
2. Welcher Schaden – finanziell und ideell – ist hierdurch für die Hansestadt Lübeck entstanden?
3. Ist der Verwaltung bewusst, dass es sich hierbei um eine unerlaubte Parteienfinanzierung handelt?
4. Wie wird der entstandene Schaden ersetzt?
5. Schließt der Bürgermeister aus, dass es sich hierbei um einen einmaligen Vorfall handelt?
6. Welche Konsequenzen zieht die Verwaltungsspitze aus diesem Vorgang?
7. Welche personellen Konsequenzen werden gezogen?
8. Beabsichtigt der Bürgermeister, die im Stellenplan 2014 eingestellte Höhergruppierung der handelnden Person angesichts dieser Fakten vorzunehmen?
9. Wird der Bürgermeister bei Vorliegen weiterer Fälle persönliche Konsequenzen ziehen?

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Niewöhner